

Unternehmerverbände zu gründen, reaktionäre Parteien und faschistische Terrorgarden zu finanzieren. Die Reaktionäre besitzen bereits heute die Freiheit, Kinder zu verfolgen und zu drangsalieren, die sich zur Erholung in die Deutsche Demokratische Republik begeben. Sie haben die Freiheit, junge Menschen zu terrorisieren, niederzuschlagen und zu erschießen, die sich zu den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten für den Frieden in die Hauptstadt Deutschlands, Berlin, begaben.

Wir haben diese Konzernherren für ihre Verbrechen am deutschen Volke bestraft und enteignet. Dafür haben wir den Arbeitern und Angestellten die Freiheit gegeben, ihre Betriebe selbst zu verwalten, ihr Können frei zu entfalten, zum Wohle des Volkes das Beste zu leisten.

Bei Euch haben die junkerlichen Generale, diese Steigbügelhalter Hitlers, wieder die Freiheit, reaktionäre Offiziersbünde und faschistische Legionen zu organisieren, neue Fememordverbände aufzubauen und die Jugend für einen neuen Krieg zu drillen. Allerdings, diese Freiheit haben wir ihnen genommen. Wir haben sie für ihre Kriegsverbrechen bestraft und enteignet. Dafür haben wir den werktätigen Bauern vom Joch der Junkerherrschaft befreit, haben ihn zum freien Herrn des Bodens gemacht.

Bei Euch haben die Söhne der Großunternehmer und Junker die Freiheit, die Hochschulen und Universitäten zu bevölkern, schlagende Verbindungen zu schaffen und sozialistische Studenten zu drangsalieren. Allerdings, diese Freiheit haben wir ihnen genommen. Wir haben dafür den Söhnen und Töchtern der Arbeiter und Bauern die Freiheit gegeben, sich fortzubilden, die Hochschulen und Universitäten zu besuchen, sich auf die großen Aufgaben in unserer volkseigenen Wirtschaft und in unserem gesamten staatlichen und kulturellen Leben vorzubereiten, das entscheidend durch die Kraft unserer geeinten Arbeiterpartei bestimmt wird.

Die Freiheit der Monopolherren ist eben eine andere als die des Arbeiters, die Freiheit des Kriegshetzers eine andere als die des Friedensfreundes.

Als die SRP in Niedersachsen im Mai dieses Jahres einen Wahlerfolg erzielte, antwortete der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Kübel auf die Frage, warum die Landesregierung diese neofaschistische Partei nicht verboten habe:

„Die niedersächsische Landesregierung hat es abgelehnt, die So-